

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastr. 8. — Redaktionsschluss: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Preizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Oberinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Hätschelkinder des Klassenstaats. Rundschau. Politische Monatschau. Organisationszwang und Staatsgewalt. III. Zentrumschristen, Fadabteiler und Gelbe. Adressenänderungen. — **Allgemeines:** Die Verhandlungen vom 10. Dezember 1912, V. In Sachen Friedländer ca Barthel. Ortsberichte: Dessau, Karlsruhe. — **Der Lithograph:** Die Berliner Lithographenfiliale im Jahre 1912. Deutscher Lithographenbund in Ligu. — **Die photomech. Fächer:** Überläufer bei den Retuschuren. — **Die Tapetenbranche:** »Daß du die Nase in's Gesicht behältst.« Aus den Sektionen: Crefeld, Berlin, Harburg. — **Feuilleton:** Sei stolz und stark. Nürrische Bücher. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Lithographen, Achtung!

Die Firma G. Bergmann, Leipzig-R. hat ihren Lithographen gekündigt, weil diese sich Akkordarbeit nicht aufzwingen lassen wollten. Wir erwarten, daß kein Kollege sich dazu hergibt, die an sich schon ungünstigen Verhältnisse noch weiter herabzudrücken. Der Hauptvorstand.

### Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten ist nachzutragen die Firma Hans Peukert in München. Berlin, 20. Januar 1913.

## Die Hätschelkinder des Klassenstaats.

Der im Leitartikel der vorigen Nummer unseres Blattes erwähnte Antrag der Konservativen im Reichstage: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Streikpostenstehen verboten wird, wurde vom deutschen Reichsparlament mit 282 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Damit haben die junkerlichen Scharfmacher und ihre gräflichen Führer Heyjebrand und Westarp mit ihrer Hetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zweifellos eine empfindliche Schlappe davongetragen. Das konservative Fähnlein wurde bei der Abstimmung fast von allen seinen Freunden in den anderen bürgerlichen Fraktionen im Stich gelassen.

Es wäre aber durchaus falsch, wenn die Arbeiter nach diesem Entschiede des Reichstages jede Gefahr für das Koalitionsrecht als beseitigt ansehen wollten. Im Gegenteil, sie müssen auch weiterhin in jeder Weise wachsam und auf dem Posten sein, denn die Abstimmung über das Streikpostenverbot verrät durchaus nicht der bürgerlichen Parteien wahres Gesicht. Das konnte man unverhüllt aus den in voriger Nummer skizzierten Debatten über den konservativen Antrag erkennen! Diese Debatten haben klar und unzweideutig erwiesen, daß man allgemein dasselbe Ziel verfolgt, wie die junkerlichen Antragsteller, daß man es aber auf anderen Wegen und mehr von hinten herum eher und bequemer zu erreichen hofft als auf dem von den Konservativen beschrittenen Wege des unbekümmerten und talpigen Draufgängerturns.

Während sich die junkerlichen Scharfmacher im Reichstage zum Sprachrohr des Zentralverbandes deutscher Industrieller machten, der

ja auch, wie wir in Nr. 2 der »Gr. Presse« zeigten, nach einem Verbot des Streikpostenstehens geschrien hatte, haben sich eben die Regierung und die übrigen bürgerlichen Parteien bis weit in die liberalen Fraktionen für den vom Bunde der Industriellen empfohlenen Weg entschieden, durch eine schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze gegen streikende Arbeiter und durch eine Verschärfung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen bei der kommenden Strafgesetzsreform eine Beschränkung des Koalitionsrechts und seiner energischen Anwendung und Ausnutzung beizutragen.

Im Grunde ihres Herzens sind sich die Scharfmacher aller Schattierungen durchaus einig, trotz aller Differenzen über die Taktik. Das ganz allgemein erhobene Geschrei nach einem schärferen Schutze der sogenannten »Arbeitswilligen« gegen streikende Arbeiter offenbart am besten diese Einigkeit. Die Arbeiter wissen zwar ganz genau, was diese »Arbeitswilligen«, die eines ganz besonderen gesetzlichen Schutzes teilhaftig werden sollen, für Elemente sind. Aber es verdient Beachtung, daß man auch in den bürgerlichen Kreisen, in denen man sich noch einen objektiven Blick für die wirtschaftlichen Machtverhältnisse bewahrt, diese Hätschelkinder des Klassenstaats zu durchschauen beginnt. Einige Urteile aus dem Munde solcher Männer oder aus den Spalten solcher Blätter, die sich durch die scharfmacherische Hetze ihr gesundes Urteil noch nicht trüben ließen, werden es erweisen.

So bezeichnete der bekannte Münchener Nationalökonom Professor Lujo Brentano in einem am 28. Februar 1912 in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in München gehaltenen Vortrage die Arbeiter, »die bei Arbeitsstillständen bereit sind, an die Stelle der Feiernden zu treten«, in erster Linie als solche, »die jeden Gemeingefühls für die Interessen und Ehre ihres Standes bar lediglich ihren momentanen persönlichen Vorteil verfolgen.« Dieses zutreffende Urteil wurde von der linksliberalen »Frankfurter Zeitung« vom 6. Juni 1912 als die gemeinsame Überzeugung aller fortschrittlich gesinnten Sozialpolitiker bezeichnet und noch dadurch unterstrichen, daß die Arbeitswilligen als Leute ohne Korpsgeist angesprochen werden, die man in jedem Stande mißachtet; Arbeiter, die sich als Mitglieder gelber Werkvereine »des Selbstbestimmungsrechts ihrer Klasse« begeben, werden »dadurch aus freien Arbeitern Betriebsgesinde«!

Auch der bekannte Sozialpolitiker des Zentrums, Professor Dr. Hitze, bezeichnete es auf Seite 550 seines Buches »Kapital und Arbeit« direkt als eine Schande und als einen Verrat der Standesehre, »wenn Arbeiter die Gelegenheit benutzen, sich in die gerade vakanten Stellen ihrer streikenden Genossen einzudrängen«. Die christliche »Gewerkschaftsstimme« wünschte in ihrer Nr. 29 von 1909 solchen Elementen statt Lohn jeden Tag nach Arbeitsschluss 25 auf einen edlen Körperteil, um sie dadurch zur Vernunft zu bringen. Die den christlichen Gewerkschaften nahestehende »West-

deutsche Arbeiterzeitung« bezeichnete in ihrer Nr. 37 von 1908 die Streikbrecher als »charakterlose Arbeiter«, die nicht so viel Ehrgefühl besitzen, sich ihrer Taten zu schämen. Und auch der christliche »Deutsche Metallarbeiter« schrieb von der »edlen Streikbrecherzunft«: »Ehrliche Menschen rücken weit ab von solcher Gesellschaft.« Ähnliche Urteile der Presse der christlichen Gewerkschaften und der ihnen nahestehenden Blätter ließen sich zu Hunderten anführen, was die Gewerkschaftschrsten aber z. B. beim Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier im Frühjahr 1912 nicht davon abhielt, sich selbst der Streikbrecherzunft offiziell zuzugesellen; sie haben sich damit ihr Urteil gesprochen.

Ein Bergrevierbeamter bezeichnete nach dem Hirsch Dunderschen »Mitteldeutschen Courier« vom 4. August 1912 die Arbeitswilligen »in der Mehrzahl als minderwertige, rohe und disziplinslose Burschen«. Und die nationalliberalen »Münchener Neuesten Nachrichten« schrieben am 8. Dezember 1910: »Mehr und mehr treten unter den Arbeitswilligen jene höchst unerfreulichen Elemente hervor, die in normalen Zeiten keine Arbeit finden, weil sie wenig leisten, von Ort zu Ort ziehend sittlich bemakelt sind.«

Wie zutreffend diese Einschätzungen sind, das beweisen die Schreckenstaten, die in den letzten Jahren ständig von den »Arbeitswilligen« in den Tagesblättern berichtet werden. Es sei nur an die Ausscheidungen der Hintzeschen Siebenmonatskinder im Berliner Stadtteil Moabit im September 1910 und in Niederlehne bei Königswusterhausen im Oktober 1910 erinnert, wo dies in Massen angeworbene Streikbrecheresindel unter Führung seines Vermittlers Hintze mit Gummischlauch, Messer und Revolver wie die Berserker wütete; denn »wir prägelten zum Amüsement!«, hatte ja Hintze einem Redakteur der »Berliner Morgenpost« gegenüber offen erklärt. »De Kerle kriegen nich mehr bezahlt als wie ein gewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde,« sagte dieser Ehrenmann, der von sich renommierte, er breche jeden Streik; »aber de Jefahr, det reizt se, und de Uffregung und det Widsendirden und det se unjesirafit loshauen können, det de Fetzen fliejen, det reizt se.«

Erinnert sei ferner an die Katzmarektruppe deren Führer Katzmarek sich den Unternehmern damit empfahl, daß er in zwei Jahren mit seiner »ältesten und reellsten (!) Vermittlung Arbeitswilliger« 50 Streiks und Sperren unterdrückt habe. Vor dem Bruch des Streiks in der Waggonfabrik in Görlitz im April 1912 unterwies sich die Katzmarekleute gegenseitig in der Handhabung ihres »Handwerkzeugs«, das aus Gummiknüppeln, Schlägern, Messern und Dolchen bestand, mit denen sie dann in Görlitz nicht nur gegen die Streikenden, sondern auch gegen die Einwohnerschaft und sogar gegen die Polizei und unter sich wüteten wie eine Horde ausgebrochener Schwerverbrecher.

In derselben Weise hatte beim Gemeindearbeiterstreik in Kiel vom 8. Juni bis 16. August das Streikbrecheresindel, das durch die Arbeitswilligenfirma Hesberg in Blankenese auf die Kieler Einwohnerschaft losgelassen worden

war, gehaust. Diese Rohlinge verfolgten sogar Frauen und Kinder und beschossen sie mit ihren Revolvern!

Daß es angesichts dieser moralischen Qualifikation der Streikbrecher nicht ohne Blut- und Todesopfer blieb, liegt klar auf der Hand. Rühmte sich doch eines dieser Subjekte in aller Öffentlichkeit: »Wir Arbeitswilligen dürfen einen totschießen!« So wurde z. B. am 9. Oktober 1906 der Handarbeiter Erb in Gera von dem Rollkutscher Wotarsky, der ein Jahr vorher als Streikbrecher »wirkte«, ohne jede Ursache auf offener Straße erstochen. Am 13. Oktober 1906 erschößte der in Halenarbeiterkreisen bekannte Streikbrecher Neumann in Steffin ohne Grund und Ursache den Hafnarbeiter Riedel. In der Nacht vom 11. zum 12. Mai 1907 schossen in Nienburg a. S. vier Streikbrecher einen ehrlichen Arbeiter über den Haufen, worauf sie sich schleunigst unter die schützenden Tore der Fabrik retteten, der sie ihre schätzenswerten Dienste leisteten. Am 15. September 1912 wurde in Burg bei Magdeburg der Schuhfabrikarbeiter Karl Fritsche von dem Arbeitswilligen Joseph Ruppert der Tischfabrik A. G. Wolf ohne jede Veranlassung erschossen; der Mörder wurde verhaftet, aber schon am folgenden Tage wieder auf freien Fuß gesetzt. Er feierte seine Tat mit seinen Streikbrecherkollegen durch ein Saufgelage. Der Ehrenmann konnte sich rühmen, daß der Streik bei Wolf schon der 22. Streik sei, den er brähe.

Wir können uns auf die Mitteilung dieser schlimmsten Fälle des Wütens der Arbeitswilligen beschränken. Und dieses verbrecherische Gesindel, das sich immer mehr zur Landplage entwickelt, soll noch wirksamer als bisher geschützt werden! Diese gemeingefährlichen Subjekte ohne Ehre und Gewissen sind die Hätschelkinder des Klassenstaats, um deren willen ehrliche Arbeiter nach dem Wunsche der Regierung und ihrer Hintermänner im Scharfmachertum mit Ausnahme gesetzt bedacht werden sollen! Man will den, der ein solch verwerfliches Subjekt nur schief ansieht, nicht nur ins Gefängnis, sondern am liebsten gleich ins Zuchthaus stecken! So soll jede freie Regung in der Arbeiterschaft im Keime erstickt werden zum Vorteil des profitgierigen Scharfmachertums! Arbeiter merkt es Euch und seid allezeit auf dem Posten, damit ihr euch aller dieser offenen und versteckten Anschläge stets und ständig tatkräftig zu erwehren vermögt!

## Rundschau.

Die »Graphischen Stimmen« heulmeiern im Anschluß an den Bericht über die Jenaer Chemigraphenkonferenz, daß das im Chemigraphentarif zum Prinzip erhobene »schredende Unrecht« weiterhin bestehen bleiben solle. Dann winselt sie die Prinzipale an, sie möchten endlich diesem »skandalösen Zustande« ein Ende machen, indem sie ihre Zustimmung zur Verlängerung des Tarifs an die Bedingung knüpfen, daß auch solche Chemigraphen und Kupferdrucker der Tarifgemeinschaft angehören können sollen, die in einem andern Verbandsorganisiert sind, der dieselben Garantien übernehmen wird, wie der Verband deutscher Lithographen und Steindruckers. Selbstredend meinen sie damit den christlichen Zentralverband. Was wird aber mit den Chemigraphen und Kupferdruckern, die sich keinem Verbandsangehörigen wollen? Will der christliche Schäker dann wohl auch seinen aus tiefster Brust hervorgerollten Entrüstungsschrei ummodellieren und ausrufen: »Ohne schwarz oder rot kein Brot!« Und will er dann diesen umgemodelten Satz zum Feldgeschrei für die Chemigraphen-Sache erheben?

Die Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Compagnie in Neukölln-Berlin teilt dem »Berl. Tagebl.« mit: »Zwischen der Gesellschaft und der Ersten Osterreichischen Linoleumfabrik zu Triest ist ein Vertrag technischer Unterstützung abgeschlossen worden. Herr Dr. Poppe, der früher schon dem Vorstände der Deutschen Linoleum-Compagnie lange Jahre angehört, tritt aus deren Aufsichtsrat wieder in den Vorstand über und verbleibt gleichzeitig weiter im Verwaltungsrat der Triester Fabrik.« In der Firma streiken z. Z. die Formstecher um die Anerkennung der Wiesbadener Vereinbarungen. Durch den »Vertrag technischer Unterstützung« wird zweifellos auch die Übernahme von Streikarbeit angestrebt. Der Hauptvorstand und die Formstecher-Zentralkommission werden ihre Maßnahmen danach einrichten.

Wahnsinniger Luxus. Unter dieser Spitzmarke gaben wir in der vorigen Nummer der »Gr.

Pr.« einige haarsträubende Fälle von Prunksucht und Verschwendung bekannt. Wir schlossen unsere Notiz mit dem Satze: »Diesem wahnsinnigen Luxus auf der einen Seite stehen Not und Massenelend auf der anderen Seite gegenüber. Und das heißen die Frommen »göttliche Weltordnung.« Dieser Satz hat einem Kollegen recht weh getan. Er schreibt uns u. a., daß Eitelkeit und Prunksucht mit der göttlichen Weltordnung nichts zu tun habe — was wir auch gar nicht behaupten — und äußert den Wunsch, daß die Notiz mit dem Satze hätte geschlossen werden sollen: »Das ist das Teuflische im Menschen. Wir tun ihm den Gefallen und tragen den Satz als die Ansicht eines Frommen über den Gegensatz von wahnsinnigem Luxus und Massenelend gewissenhaft nach.

Als Schöffe ausgelost wurde der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Otto Sillier. Er wird sein Mandat am 3., 5., 7. und 10. März ausüben.

Eine empfindliche Strafe für seine groben Veruntreuungen hat der frühere Kassierer der Zahlstelle Magdeburg des Buch- und Steindruckereil-Hilfsarbeiterverbandes, Albrecht Beck, erhalten. Er unterschlug seit April 1912 die Summe von 149,65 Mk. und versuchte den Betrag dadurch zu verdecken, daß er Quittungen über geleistete Zahlungen fälschte. Außerdem verkaufte er den Mitgliedern schon gebrauchte Beitragsmarken, die er aus alten Mitgliedsbüchern abgelöst hatte. Vor Gericht leugnete er erst die Urkundenfälschung, bis er sich schließlich doch nach ernstlicher Ermahnung des Richters und durch die Zeugnisaussagen gezwungen zu einem Geständnis bequeme. Er gab zuletzt auch zu, noch weitere 54,85 Mk. nachweislich gefälschter Quittungen unterschlagen zu haben. Das Gericht verurteilte ihn am 16. Januar mit Rücksicht auf den groben Vertrauensbruch zu vier Monaten Gefängnis.

Die Berliner Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann befindet sich SO., Adalberstraße 41. Geöffnet werktäglich von 5½ bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 605 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Für das Gewerkschaftshaus in München, das im vorigen Jahre erbaut wurde, haben Magistrat und Gemeindegemeinschaft der Stadt München in Würdigung der kulturfördernden Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Unterstützungs- und Bildungswesens sowie der Gewährung von Rechtsschutz für die großen Schichten der Arbeiterschaft den freien Gewerkschaften eine Hypothek in Höhe von rund 400 000 Mk. zu mäßigem Zinsfuß zugebilligt.

Zum christlichen Gewerkschaftsstreit resp. zur Stellung der Protestanten in den christlichen Gewerkschaften äußert sich in der »Christlichen Freiheit« der bekannte gemäßigtere Pfarrer Traub. Er schreibt treffend: »Die traurigste Rolle in der ganzen Sache spielen die evangelischen Mitläufer der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Mit keiner Kunst der Welt kann daran herumgedeutet werden, daß der Papst den christlichen Gewerkschaften im ganzen Vorschriften macht, nicht nur ihren katholischen Mitgliedern. Die evangelische Selbstachtung ist tief gesunken, daß sie solche Demütigung ruhig hinnimmt. Der Papst zu Rom lebt weit weniger von dem Glanz des eigenen Hauses — dort erkennt man die Schatten oft recht deutlich — sondern von der Kniebeugung, die die Fremden diesem Glanz widerfahren lassen. Was wird aus den christlichen Gewerkschaften werden? Das kann nur beantwortet werden im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung der inneren Politik in Preußen im Reich. Sollten die christlichen Gewerkschaften tatsächlich den Kampf um ihre eigene Existenz weiter führen, so würde das eines der interessantesten Kapitel in der Entwicklung der katholischen Kirche Deutschlands werden. Wir sind überzeugt, daß heute viele ehrliche Arbeiterführer innerlich grollen und zürnen und zum Kampf bereit wären; aber sie vermögen wenig gegenüber der Macht der kirchlichen Gewöhnung in ihren eigenen Reihen. Darum befürchten wir das Schlimmere: die Firma der christlichen Gewerkschaften wird noch eine Weile aufrechterhalten; aber ihr Charakter wird schneller oder langsamer geändert, und sie werden auch nichts anderes, als was die Berliner heute sind: von Bischof und Kaplan geleitete und behütete Arbeiterschaft. Wir beurteilen das als das Schlimmere, weil dadurch der Posten von falschen Etiketten im politischen Leben wieder um einen neuen vermehrt wird und es dem Aufrichtigen wieder schwerer wird, sich zurechtzufinden. Wo solche Verdunkelung und Verschleierung im öffentlichen Leben eintritt, da fühlen sich freilich viele erst recht in ihrem Element.«

Über Koalitionsrecht und Tarifvertrag äußerte sich kürzlich der englische Großindustrielle Alfred Mond, ein hervorragender Parlamentarier und Politiker unter den englischen Großindustriellen, in einem Briefe an den bekannten deutschen Nationalökonom Prof. Lujo Brentano. Zunächst schreibt er, daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerkschaften beseitigen zu wollen, daß sich die Unternehmer vielmehr daran gewöhnt haben, mit den Arbeiterorganisationen zu arbeiten und mit ihnen kollektive Arbeitsverträge abzuschließen. Ja, es haben die englischen Unternehmer sogar die Einsicht gewonnen, daß es für sie schwer wäre,

ohne Arbeiterorganisationen auszukommen. Allgemein sei man gewillt, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und dabei die Gewerkschaftsführer als die Vertreter der Arbeiter anzunehmen. Die englischen Unternehmer sind weit davon entfernt, in den Gewerkschaftsführern bezahlte Agitatoren oder Streikhetzer zu erblicken, sondern schätzen sie als Bürger der Vertragstreue. Allgemein wird der kollektive Arbeitsvertrag als bestes Mittel angesehen, die Lohnverhältnisse in der Industrie zu regeln und wo dies auf freiwilliger Basis nicht möglich sei, zeige sich die gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen und Mindestleistungen als erstrebenswerte Lösung. Durch diese Anerkennung vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtung sei weder das englische Mutterland noch irgend eine seiner Kolonien in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden. Alle Koalitionsrechtsfeinde und Tarifvertragsgegner in Deutschland würden gut daran tun, sich dieses Urteil des englischen Großindustriellen Mond hinter die Ohren zu schreiben.

Die Errichtung eines Reicheinigungsamtes bezweckt ein Antrag, den das Gewerbeamt in Bremen unter Umgehung der Arbeitervertreter an den Reichstag richtete. Darin wird verlangt, eine Behörde mit den Befugnissen eines ordentlichen Gerichts einzusetzen, das als ständige Vermittlungsstelle bei Streiks und als höchste Tarifinstanz bei Tarifstreitigkeiten fungieren solle. Die Petitionskommission des Reichstags hatte sich nun kürzlich mit diesem Antrage zu beschäftigen und gleichzeitig auch mit einem dagegen gerichteten Protest der Arbeitervertreter am Bremer Gewerbeamt. Die letzteren machten geltend, daß bei drohenden Konflikten der gute Wille bei den beteiligten Personen auch ohne ein Zwangseinigungsamt zum Ausgleich führen könne, dieser aber sei in der Regel bei den Unternehmern nicht vorhanden. Eine Einigung durch gerichtlichen Zwang wäre die Folge derartiger gesetzgeberischer Maßnahmen, die unter allen Umständen zu bekämpfen seien. Von den Vertretern der Sozialdemokratie in der Petitionskommission wurde beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Sie betonten, daß die Einrichtung von Einigungsämtern an sich sympathisch gegenüberständen. Der Standpunkt, den die jetzige Regierung dem Koalitionsrechte gegenüber einnehme, ermuntere aber nicht dazu, dem Votum des Zentrums auf Berücksichtigung ohne Einschränkung beizutreten. Insbesondere sei darauf hinzuweisen, daß die gewerblichen Schiedsgerichte sich trotz ihrer Machtbefugnisse bis heute gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchsetzen konnten. Der Standpunkt des »Herrn im eignen Haus« sei solchen Einrichtungen eben nicht günstig. Zum mindesten müsse ausgesprochen werden, daß das Reicheinigungsamt wohl einen Verhandlungszwang, aber unter keinen Umständen einen Einigungszwang ausüben dürfe. Schließlich wurde aber ein Antrag auf Überweisung an die Regierung zur Berücksichtigung doch einstimmig angenommen.

Generalversammlungen und Kongresse. Argentinien. Anfang Dezember fanden in Buenos Aires die Kongresse der beiden Gewerkschaftsverbände statt, die, obzwar beide stark von anarchistischen und syndikalistischen Tendenzen beeinflusst sind, sich bisher stark bekämpften. Seit ihrer Glanzperiode im Jahre 1908 ist ihre Mitgliederzahl stets, besonders unter dem Regime der Ausnahme-gesetze, zurückgegangen. Dieses mal hielten sie auch gemeinsame Sitzungen ab, um eine Verschmelzung der beiden Richtungen herbeizuführen. Da dies noch nicht gelang, soll später ein neuer gemeinsamer Kongreß einberufen werden.

## Politische Monatsschau.

Berlin, den 27. Januar 1913.

Vom Balkantheater an der Themas Das Konzert der Großmächte. Türkischer Verzicht auf Adrianopel. Jungtürkischer Putsch Fortgang des Krieges? Neue Militärvorlagen in Deutschland. Die Parteien und das Volk.

Seit zirka 2 Monaten sitzen bereits die Delegierten des Balkanbundes und der Türkei, und auch die Botschafter der Großmächte in London, um über den Friedensschluß zu beraten und um die Verteilung der eroberten Gebiete zu schadern. Viel Theater wurde dabei gespielt. Bald wollten die Balkanbündler, bald die Türken die Schadere abbrechen und abreisen. Ein paarmal sah es wirklich so aus, als ob die Verhandlungen resultatlos auseinandergehen und das Morden von Neuem beginnen sollte. Die Regierungen der Großmächte trieben jedoch die Unterhändler immer wieder in die Koppel und der Streit um die türkischen Knochen ging weiter. Endlich kam man denn auch Stück für Stück vorwärts, bis man sich auf beiden Seiten an dem von den Bulgaren noch belagerten Adrianopel die Zähne ausbiß. Für die Türkei bedeutet die Abtretung Adrianopels das Aufgeben ihrer europäischen Herrschaft. Die Bulgaren glauben umsonst gekämpft zu haben, wenn sie Adrianopel nicht bekommen. Dabei wartete man von Tag zu Tag, daß sich die Festung übergeben werde und mithin dem Streit ein Ende bereitet würde. Die Übergabe Adrianopels läßt jedoch noch heute auf sich warten. Die Türken wurden immer wieder aufgefordert, einen neuen Plan als Grundlage der Verständigung vorzulegen. Sie taten es auch. Immer aber fehlte Adrianopel. Da erklärten die Balkandelegierten am 6. Januar

die Arbeiten der Friedenskonferenz solange einstellen zu wollen, bis die Türken annehmbare Vorschläge brächten. Von einem Abbruch war jedoch keine Rede. Bei beiden Parteien liegt eben der Knüppel beim Hunde. Die Türken sind auf der ganzen Linie geschlagen und können sich von einer Fortsetzung des Kampfes kaum eine Zurückeroberung des verlorenen Terrains versprechen. Den Verbündeten brennt ebenfalls das Feuer auf den Nägeln. Durch ihre Erfolge sind sie so aufgerieben worden, daß sie nur die Beendigung des Kampfes davor bewahren kann, von ihrem Ruhmespiel herabsteigen zu müssen. In diesen Umständen glaubte man denn auch allgemein die Gewähr zu haben, daß es ohne neue Kriegsverbrechen zu einer Verständigung kommen würde. Soviel Überlegung traute man den Kriegführenden zu, daß sie sich nicht aufs neue in die Haare fahren, ohne daß einer der beiden Teile Aussicht hatte, noch etwas zu erben.

Wunderbarerweise waren sich auch die Mächte einig, daß im Interesse Europas der Balger ein Ende gemacht werden müsse. In einer Note, die am 17. Januar der Pforte überreicht wurde, legten sie ihr nahe, auf Adrianopel zu verzichten. Dafür wollten sie ihr in dem ihr noch verbleibenden asiatischen Gebiete mit finanzieller und moralischer Unterstützung an die Hand gehen. Wenn Rußland nebenher noch eine Extratour tanzte und der Pforte eine besondere Drohung zugehen ließ, die sich auf Asien bezog, so beweisst das nur seine außerordentliche Schabigheit und Skrupellosigkeit. Unbekümmert darum, ob etwa durch seinen Schritt die Einigkeit in die Brüche ging, glaubte es sich als hohen Beschützer der Balkanvölker in besondere Erinnerung bringen zu müssen.

War nach all dem kaum noch etwas anderes zu erwarten, als daß die türkische Regierung dem Verzicht stattgab, so platzte doch etwas überraschend am 22. Januar die Nachricht in die allgemeine Spannung, daß der Pfortenrat beschlossen habe, dem Verlangen der Mächte und der Balkanverbündeten nachzukommen und Adrianopel bedingungslos preiszugeben. Ein Aufatmen ging durch die ganze Welt. Seit Monaten lastet nun schon die mit der Balkankrise verbundene Gefahr eines Weltkrieges auf dem Wirtschaftsleben der Völker. Die Bedeutung der türkischen Erklärung war darum gar nicht zu verkennen. Überall wurde sie mit Freuden aufgenommen — nur nicht bei den Jungtürken.

Das jungtürkische Komitee setzt sich, wie wir schon im vorigen Jahre anführten, aus Offizieren und bürgerlichen, fortschrittlichen Elementen zusammen. Wie wenig die Masse des Volkes hinter ihm steht, zeigte sich während der kurzen Zeit seiner Regierung. Seine Bestrebungen sind zentralistisch-nationalistisch. Ungeachtet der verschiedenen Religionen und Rassen, die in der Türkei vertreten sind, will es eine einheitliche Regierung durchführen. Es war darum vorauszusehen und ist auch vorausgesehen worden, daß, wenn die alte Regierung auf Adrianopel verzichtet, es versuchen werde, die nationalen Leidenschaften in der Armee zu einem Gewaltstreik aufzuspüren. Das ist nun mit stauenswerter Pünktlichkeit geschehen. Einen Tag nach der bekanntgewordenen Verzichtleistung der Regierung auf Adrianopel drangen die Jungtürken in den Ministerrat ein und zwangen die Minister zum Rücktritt. Das Militär verhielt sich passiv. Die Ministerposten wurden von Jungtürken besetzt, deren Bestätigung vom Sultan sofort erfolgte.

Damit ist die Balkankrise in ein neues Stadium eingetreten. Die Lösung der Jungtürken ist: *Adrianopel oder ein völliger Untergang in Ehren*. Wohl wollen sie den Frieden, aber nur unter der Bedingung, daß Adrianopel türkisch bleibt. Die Spannung ist darum heute stärker als vor dem 22. Januar und es muß abgewartet werden, was die neue Regierung auf die Note der Mächte antwortet. Es ist sehr leicht möglich, daß die Jungtürken, die einst die Sympathien Europas hatten, sich heute dessen Abscheu zuziehen. Wenn auch die Note der Mächte das Harakiri für die europäische Türkei bedeutete, so war es doch ein Schritt auf dem Wege, den der Baseler Friedenskongreß gezeichnet hat: *Der Balkan den Balkanvölkern!* Hält die Einigkeit der Mächte vor, so ist immer noch die Möglichkeit einer friedlichen Lösung gegeben. Andernfalls rückt der Weltkrieg wieder in bedrohliche Nähe.

Da mag es denn für diejenigen Klassen oder Personen in unserm Leben, deutschen Vaterlande, die von einem Kriege eine nach ihrer Meinung notwendige Aufreicherung des deutschen Blutes erwarten, eine große Freude sein, daß die Regierung schon wieder mit Rüstungsgedanken schwanger geht. Und zwar nicht zu knapp. Herrn von Bethmanns Organ kündigt zwar nur eine Vorlage an, die eine Reihe von Bedürfnissen unseres Heeres befriedigen soll. Das Zentrum als Regierungspartei weiß aber schon mehr. Auf rund 100 Millionen jährlich sollen sich die Neuforderungen belaufen, 70 für Infanterie, Kavallerie und Artillerie, 18 für die Luftflotte und 10 für kleinere Anforderungen. Gleichzeitig werden aber die Herren von ihren Ministeresseln verschwinden müssen, die sich noch bis in die letzte Zeit feierlich gegen eine weitere Rüstungsvermehrung erklärten. Das sind die Herren von Heeringen und Kühn. Ein Skandal aber ist die wieder einmal offenbare Art und Weise, wie das deutsche Volk und sein Parlament von Regierungsvertretern an der Nase herumgeführt werden. 14 Tage lang beraten die Reichsboten bereits über die Einnahmen

und Ausgaben des Reiches, ohne daß es die Herren Minister für notwendig gehalten hätten, ihnen mitzuteilen, daß sie lieberhaft an Vorlagen arbeiten, die noch unheimliche, im Etat gar nicht mit vorgesehene Ausgaben erfordern. Und das Geld für die Ausgaben, wo soll das herkommen? Man muß sich wirklich fragen, ob denn die Vernunft aus allen Reichtümern geflohen ist, wenn angesichts der noch herrschenden Teuerung und des durch die Kriegsgefahr bedrückten Wirtschaftsmarktes dem Volke die Bewilligung derart aufreizender Forderungen zugemutet wird.

Und doch, auf wen sollte die Regierung Rücksicht nehmen? Etwa auf eine Partei, oder die preußischen Landtagswahlen, oder die minderbemittelten Klassen? Den Konservativen geht die Vorlage höchstens nicht weit genug. Das Zentrum wird eine unangenehme Sache für sich einhandeln, vielleicht eine Milderung des Jesuitengesetzes. Den Nationalliberalen und ihren Geldgebern blühen aus den Militärvorlagen neue Profite. Der Fortschritt bewilligt freudig alles im Interesse der nationalen Kraft, des nationalen Ansehens. Die Sozialdemokratie wird den Herren bittere Wahrheiten sagen; aber die schüttelt man sich ab und bekommt von den anderen Parteien die Forderungen doch bewilligt.

Das Wahlgesetz zum preußischen Landtag ist so beschaffen, daß ein zu starkes Eindringen der Vertreter der Mehrheit des preußischen Volkes überhaupt nicht zu denken ist. Außerdem hat es der Fortschritt abgelehnt, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, damit ja nicht zu viel Regierungskritiker in den Landtag kommen. Zudem kann man da auch unangenehme Kritiker das Wort abschneiden. Und die Armen, die Arbeiter? Von ihnen weiß man zu genau, daß sie nicht in den Palast des deutschen Großveziers eindringen. Aber sie werden es doch; allerdings in anderem Sinne wie in der Türkei, in China und Portugal. Vorläufig allerdings kann der preußische Landwirtschaftsminister noch sagen: das Volk muß sich an höhere Lebensmittelpreise gewöhnen, kann der Ministerpräsident versuchen, eine Besitzsteuervorlage zu machen, die sogar von den großen Bundesstaaten als keine Besitzsteuervorlage angesehen wird, kann die Reichspolitik noch nach preußischem Muster und preußischem Willen gemacht werden. Die deutsche Arbeiterklasse hat eine Sozialpolitik geschaffen, sie wird zunächst aus Deutschland auch ein parlamentarisch regiertes Land machen. Allerdings auf dem Posten muß sie und wird sie sein; denn das Gesicht, das der Reichstag bei der Ablehnung des Streikpostenverbots mit 282 gegen 52 Stimmen aufstreckte, ist nicht sein wahres. ag.

## Organisationszwang und Staatsgewalt.

III.

Der moderne Staat, der die wachsende Macht der Unternehmerkartelle als eine unliebsame Konkurrenz empfindet, ist natürlich gern bereit, dem Hilferufe der vergewaltigten Außenseiter Gehör zu schenken und er späht nach Mitteln und Wegen, um die bedrohte Freiheit des Wirtschaftslebens zu schützen. Um so mehr hält er sich zu einer Stellungnahme gegen die Kartelle für verpflichtet, weil letztere die große Masse der Konsumenten in rücksichtslosester Weise schröpfen, indem sie die Warenpreise in die Höhe treiben. Der Staat, in seiner Eigenschaft als Fiskus, hat selbst häufig Gelegenheit, die Preispolitik der Kartelle kennen zu lernen, wenn er Kohlen, Eisenbahnschienen, Lokomotiven usw. kaufen oder wenn er sich Häuser bauen lassen will. Darum versteht er auch die feindliche Stimmung, die in den weitesten Kreisen gegen die Kartelle herrscht, und von dieser Stimmung getragen, versucht er das Kartellwesen auf dem Wege der Verwaltung oder durch gesetzgeberisch-gerichtliche Maßregeln zu regulieren. In den Vereinigten Staaten spielt bekanntlich die Bekämpfung der Kartelle eine sehr wichtige Rolle im politischen Parteikampf. In Deutschland haben wir es einstweilen erst zu einer Untersuchung gebracht; aber die Absicht, in die Tätigkeit und die Methoden der Kartelle staatsseitig einzugreifen, ist unstreitig vorhanden.

Die Gegner der Kartelle haben manchmal behauptet, die Kartellierung verstoße ihrem ganzen Wesen nach gegen die guten Sitten, andre hingegen haben gemeint, man könne den Kartellen mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zu Leibe gehen, das im § 138 sagt: »Verträge, durch die die Konkurrenzfreiheit vernichtet wird, sind nichtig.« während § 826 bestimmt: »Wer einen andern vorsätzlich schädigt in einer Weise, daß dadurch die Konkurrenzfreiheit vernichtet wird, ist diesem zum Schadenersatz verpflichtet.« Bislang ist dies aber ein frommer Wunsch geblieben, wenn man auch vom Standpunkte eines Laien aus meinen sollte, daß das Kartellwesen dem Strafrichter und dem Zivilrichter genug Angriffspunkte böte. Das ganze Gebaren der Kartelle macht auf einen kalten Menschen den Eindruck, als ob es sich hier um Nötigung und Erpressung, sowie um Verstöße gegen die guten Sitten handle, aber die Versuche, auf diese Weise den Kartellzwang niederzuzwingen, sind ausgefallen wie das Hornberger Schießen. Selbst wenn es unsre Staatsgewalt ernst meinte mit ihrem Kampfe gegen die Kartelle, woran noch

zu zweifeln ist, soweit wenigstens kapitalkräftige, einflussreiche Kartelle in Frage kommen, so würde sie doch, so wie die Sache heute liegt, schrittweise zurückweichen müssen. Es türmen sich hier Schwierigkeiten auf, die überhaupt nicht zu überwinden sind, weil wirtschaftliche Organisationen, die aus den Verhältnissen herauswachsen, unüberwindlich sind und sich durchsetzen müssen; sie lindern immer wieder Hindertüren und Schleiche, um die Maßnahmen der Staatsgewalt zu durchkreuzen und die Absicht des Staates zu vereiteln.

Besonders verzwickt liegt die Sache mit den Unternehmerkartellen. Sie sind so verschiedenartige Gebilde und nehmen so verschiedenartige Methoden an, daß es nicht angeht, sie über einen Kamm zu scheren. Einige erscheinen, von außen betrachtet, als harmlose Lämmer, andre als bösrartige, reißende Wölfe, einige haben es mit schwachen Gegnern zu tun und können es deshalb bei einem sanften Nachdruck bewenden lassen, andre stoßen auf hartnäckigen Widerstand und müssen derb zugreifen. Große Kartelle wirken, ohne daß sie nötig haben, äußeren Zwang anzuwenden, schon allein durch die Tatsache ihrer Existenz, wie ein mächtiger Staat die kleinen Nachbarn beherrscht, ohne daß er einen Finger krümmt. Es kommt noch hinzu, daß die Macht des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete ohnehin beschränkt ist und daß die Kartelle in diesem Sinne, dem Eingreifen des Staates einen zähen, wirksamen Widerstand entgegensetzen zu können.

Der eigentliche Grund aber, weshalb die Bekämpfung des Organisationszwanges durch die Staatsgewalt aussichtslos ist und auch immer aussichtslos bleiben wird, sofern man das Organisationsrecht selbst nicht antastet, will, ist darin zu suchen, daß dieser Zwang mit dem Wesen der Organisation untrennbar verbunden ist. Er ist nicht etwa, wie manche Leute glauben, eine Willkürlichkeit, die auch anders sein oder ganz fehlen könnte, er ist auch nicht etwa ein Mißbrauch, ein Auswuchs, gewissermaßen eine Kinderkrankheit der modernen Organisationsentwicklung, sondern er wohnt naturgemäß allen Organisationen inne, die eine Beherrschung des Waren- oder Arbeitsmarktes erstreben. Dieser Zwang auf die Außenseiter und die unbotmäßigen Mitglieder ist es ja gerade, der das Streben nach Macht und nach Einfluß erst erfolgreich macht. Eine jede Organisation, die ihren Willen durchsetzen und den Widerstand, der von außen und von innen kommt, brechen will und brechen muß, falls sie ihr Ziel erreichen will, kann des Zwanges nicht entraten. Solange die einzelnen Menschen mit ihren widerstrebenden Interessen und auseinandergehenden Willensrichtungen sich dem in der Organisation verkörperten Kollektivwillen nicht widerspruchslos unterordnen, was natürlich niemals, solange es Menschen gibt, eintreten wird, solange ist der Organisationszwang unentbehrlich. Daher macht sich der Druck der Organisation nach außen und nach innen überall bemerkbar, einerlei, ob er als wirtschaftlicher, sozialer, moralischer oder körperlicher Zwang zu Tage tritt. In welcher Weise und in welcher Stärke er angewandt wird, das hängt ab von der Art des Gegners und von dem Grade des Widerstandes, der gebrochen werden muß, welche Zwangsmittel angewandt werden, richtet sich nach den wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Beziehungen untereinander. Daß ein Unternehmerkartell den Organisationszwang gegen einen kapitalkräftigen Außenseiter in eine andre Form kleidet, als wenn eine Arbeitergewerkschaft auf unsolidarische Elemente einzuwirken versucht, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden: wo wirtschaftliche Beziehungen fehlen, da bleiben nur die gesellschaftlichen Beziehungen übrig und wo auch diese nicht vorhanden sind, bleiben lediglich persönliche Beziehungen übrig, weshalb hier nur geistige oder körperliche Zwangsmittel angebracht sind. Ein Unternehmerkartell kann abtrünnige Mitglieder durch hohe Konventionalsstrafen zwingen, ein Ärzteverein kann unsolidarisch handelnde Kollegen durch einen gesellschaftlichen und beruflichen Boykott ächten, eine Gewerkschaft kann die Gelben und die Streikbrecher nur mit Verachtung strafen. Mögen die Zwangsmittel auch verschieden sein, der Zwang selbst ist unentbehrlich, weil ohne ihn die Wirksamkeit der Organisationen versagt. Es gilt also der Satz: Will man die Organisationen als berechtigt anerkennen, so muß man den Organisationszwang als notwendiges Übel mit in den Kauf nehmen. Hiernach ermesse man die Nalivität jener liberalen Schwärmer, die da meinen, daß man im wirtschaftlichen Leben ohne Zwang auskommen könne.

Aus diesem inneren Widerspruch wird auch der Kampf der Staatsgewalt gegen den Organisationszwang scheitern. Will der moderne Staat diesen Zwang auf dem Verwaltungswege oder durch gesetzliche Maßnahmen ausschalten, um die Freiheit zu schützen, so muß er selbst Zwang anwenden und die Freiheit der andern verletzen. Er schützt aber die Freiheit des einen zunächst einer mehr oder minder starken Interessengruppe und hierbei wird er immer den Kürzeren ziehen. Dies hat sich bislang noch stets gezeigt, wenn die Staatsgewalt mit der Bekämpfung des Kartellterrorismus ernst gemacht hat, so daß heute fast überall die pessimistische Auffassung herrscht, man müsse eben den Dingen ihren Lauf lassen und auf die Entwicklung vertrauen. Der Staat kann die wirtschaftliche





## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Die Verhandlungen vom 10. Dezember 1912.

V.

Nach der Abwicklung der in den vorausgegangenen Artikeln behandelten Tagesordnungspunkte wollten unsere Vertreter noch verschiedene andere Angelegenheiten zur Sprache bringen, die meist schon den Zentralen vorgelegen hatten, durch diese aber nicht erledigt worden sind. Es ist nun recht bezeichnend, daß die Unternehmervertreter erklärten, zur Besprechung weiterer Punkte absolut kein Mandat zu haben, sodaß sie nicht in der Lage seien, irgendwelche Erklärungen zu solchen Angelegenheiten abzugeben, die nicht ausdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Nun ist aber die Art der Einhaltung der Bestimmung über die *Extraentschädigung für Bronzedruck* mehrfach Gegenstand von Aussprachen zwischen den Zentralen gewesen, die sich, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, darüber verständigten, daß auch diese Angelegenheit einer größeren Verhandlungskörperschaft zur Erledigung zu unterbreiten sei. Schließlich kam auch der Schutzverbandssekretär mit der Mitteilung heraus, daß der Schutzverband auf seiner Eisenacher Konferenz seine Vertreter ausdrücklich beauftragt habe, über die Bronzedruckentschädigung zu verhandeln. Nunmehr konnten die Herren einer solchen Aussprache nicht mehr gut ausweichen.

Von unserer Seite wurde das vereinbarungswidrige Verhalten vieler Unternehmer, die die ältesten Klapperkästen als »staubfreie Bronzermaschinen« bezeichneten, um sich um die Bronzeentschädigung zu drücken, auf Grund zahlreicher Beispiele einer scharfen Kritik unterzogen. Verschiedene Unternehmer, die vor der Bewegung die Bronzeentschädigung zahlten und dann die Extravergütung zu entziehen versuchten, beriefen sich zur Begründung ihrer Handlungsweise direkt auf die Weisungen des Schutzverbandes, der auf dem Standpunkt stehe, daß jede Bronzermaschine staubfrei sei. Durch eine derartige Auslegung der Bestimmung würden die von Loyalität triefenden Erklärungen der Schutzverbandsvertreter, die z. B. bei den Januarverhandlungen auch immer wiederholten, daß man bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen zu beseitigen oder auch nur anzutasten gedente, ganz offensichtlich Lügen gestraft. Daß den Gehilfenvertretern die Besichtigung der Bronzermaschinen, an denen keine Extraentschädigung gezahlt wird, angeboten wurde, sei in den meisten Fällen ganz belanglos, da diese Besichtigungen nicht unverhofft vorgenommen werden könnten. Eine Maschine mag zuerst ziemlich staubfrei laufen; nach 2- oder 3stündiger Arbeit ist sie aber nicht mehr staubfrei und die Bogen, die die Maschine abreiben sollte, müssen dann noch mit der Hand nachgerieben werden. Die Tatsache, daß keine Bronzermaschine absolut staubfrei ist, müsse dahin führen, daß dem klaren Wortlaut der Vereinbarung entsprechend, an jeder Bronzermaschine die Extraentschädigung zu zahlen ist.

Von dieser jede willkürliche Auslegung und jede Differenz ausschließenden Regelung der Sache wollten aber die Schutzverbändler nichts wissen, obwohl einer ihrer Verhandlungsteilnehmer, der sich ausnahmsweise durch eine gründliche Fachbildung auszeichnete, unumwunden zugeben mußte, daß eine absolut staubfreie Bronzermaschine noch nicht erfunden sei. Im übrigen betonten die Herren, man müsse eine Maschine auch dann als staubfrei gelten lassen, wenn das Personal nicht direkt belästigt werde. (Das ist natürlich Kautschuk, denn darüber werden Arbeiter und Unternehmer stets verschiedener Meinung sein!) Wo überhaupt werde, eine Maschine sei nicht staubfrei, solle gemeinsam geprüft werden, inwieweit

diese Behauptung den Tatsachen entspricht. Arbeite eine Maschine staubfrei, dann komme die Extraentschädigung nicht in Betracht; entwickle sich aber Staub, dann müsse die Entschädigung auch gezahlt werden. Diese Erklärung ist natürlich gleichbedeutend mit der Beibehaltung des gegenwärtigen, fortwährende Differenzen veranlassenden Zustandes. Statt aus dem Eingeständnis eines ihrer Vertreter, daß absolut staubfreie Maschinen noch nicht erfunden sind, die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen und die Bronzeentschädigung schlecht hin anzuerkennen, nähren und stärken die Unternehmervertreter wegen weniger Groschen in der Gehilfenschaft das Mißtrauen, das letztere schon jetzt jeder Erklärung des Schutzverbandes und jeder Vereinbarung mit ihm entgegenbringt.

Von einem unserer Vertreter wurde noch darauf hingewiesen, daß man in manchen Fällen auch den mit Bronzierarbeiten beschäftigten Handpressendruckern die Extraentschädigung vorenthalte. Die Schutzverbandsvertreter ließen hierzu durch ihren Vorsitzenden erklären, daß, wenn an der Handpresse Auflagen in Bronze gedruckt werden, der Drucker Anspruch auf Entschädigung hat; bei Bronzeandruck käme diese Vergütung aber nicht in Frage. Im übrigen wurden bezüglich der Bronzeentschädigung keine Beschlüsse gefaßt.

Unsre Vertreter lenkten dann noch die Aussprache auf den *Geltungsbereich der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912* und erinnerten daran, daß Herr Wundsch als Schutzverbandsvorsitzender damals erklärt hat, die Vereinbarungen sollten für alle Schutzverbandsmitglieder, für alle Leipziger Nichtschutzverbandsfirmen und für alle in diesen Betrieben beschäftigten Gehilfen gelten. Nachträglich habe man diese klare und unzweideutige Erklärung abzuschwächen versucht, indem man die Vereinbarungen nur für die organisierten Gehilfen anerkennen wollte. — Der Schutzverbandssekretär brachte es fertig, seinen Vorsitzenden, (der übrigens an den Verhandlungen vom 10. Dezbr. nicht teilnahm) zu desavouieren und die den Schutzverbändlern unbequeme Erklärung des Herrn Wundsch dadurch abzuschütteln, daß er ausführte: »Für die Frage des Geltungsbereiches der Vereinbarungen ist nicht die Erklärung eines unserer Vertreter maßgebend, die noch dazu mißverstanden wurde, sondern was in den Vereinbarungen ausdrücklich festgelegt ist.«

— Es sei hierzu erneut daran erinnert, daß es sich damals nicht um die Erklärung eines beliebigen unverantwortlichen Schutzverbandsvertreter, sondern des Schutzverbandsvorsitzenden handelte, der sie namens seiner Kollegen und in einem solch klaren Wortlaut abgab, daß Mißverständnisse gänzlich ausgeschlossen waren. Eine derartige Behandlung früherer Erklärungen ist natürlich ebenfalls nicht geeignet, das Vertrauen zu den loyalsten Schutzverbandskundgebungen zu stärken und den Glauben daran der Gehilfenschaft zu befestigen; sie löst im Gegenteil erneut größtes Mißtrauen aus.

Von unserer Vertretung wurde auch darauf hingewiesen, daß man nach dem Abschluß der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 in den salbungsvollsten Worten dem Wunsche Ausdruck gab, nach dem Friedensschluß möge ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Prinzipal und Gehilfen zum Wohle des Gewerbes Platz greifen. Man denke nicht daran, den Organisierten irgendwelche Schwierigkeiten zu machen usw. usw. Trotz dieser loyalen Auslassungen treibt man jetzt die kleinlichste Nadelstichtpolitik, sucht man organisierte Gehilfen mit Versprechungen und Bedrohungen dem Verbands zu entziehen, charakterisiert man dadurch selbst die eigenen Loyalitätserklärungen als hohle Redensarten. Die Unternehmervertreter verzichteten darauf, näher auf diese begründeten und durch eine Fülle von Tatsachen beweisbaren Vorhalte einzugehen. Die Aussprache über diese Punkte, besonders die Nichtverbändlerfrage, soll nach der Schlussklärung des Vorsitzenden der Schutzverbändlerschen Verhandlungskommission einer späteren Verhandlung vorbehalten bleiben.

Damit waren die Verhandlungen vom 10. Dezember 1912 beendet. Unsere ausführliche Berichterstattung wird allen Kollegen gezeigt haben, was die Gehilfenschaft vom Schutzverbande und seiner Leitung zu erwarten hat. Es wird den Kollegen nicht schwer fallen, aus der Haltung der schutzverbändlerschen Verhandlungskommission die rechten Lehren und Nutzenwendungen zu ziehen.

### In Sachen Friedländer c/a Barthel

schlossen die Parteien am 16. Januar 1913 vor dem Königlichen Schöffengericht zu Köpenick folgenden Vergleich:

»Herr Barthel erklärt: Ich habe mich nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme überzeugt, daß ich die in dem Artikel in Nr. 49 der »Graphischen Presse« vom 8. 11. 1911 mit der Überschrift: »Ein feiner Kronzeuge« und die in dem Kommentar zur Berichtigung des erwähnten Artikels in Nr. 51 der »Graphischen Presse« vom 15. 11. 1911 enthaltenen tatsächlichen Mitteilungen über Ausbildung, geschäftliche Gebarung des Herrn Paul Friedländer zu Dresden und Endigung seiner Mitgliedschaft im Schutzverband in Folge unrichtiger Berichterstattung, allerdings in gutem Glauben, veröffentlicht habe. Ich nehme daher die e Behauptungen als unwarh zurück, bedauere, sie veröffentlicht zu haben, und trage auch die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Verfahrens.«

### Ortsberichte.

Dessau. Am 18. Januar fand unsere diesjährige fast vollzählig besuchte Generalversammlung statt, an der zum erstenmale die Kollegen aus Bernburg und Cöthen teilnahmen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß auch im vergangenen Jahre wieder rege gearbeitet worden ist an der Bildungs- und gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit der Mitglieder. Insgesamt wurden abgehalten 20 Zusammenkünfte, die sich wiederum verteilten auf 9 Monatsversammlungen, 6 Vorstands- und Kommissionssitzungen und 5 Brancherversammlungen. Vier der Brancherversammlungen dienten der Erledigung der Lohnbewegung der Formstecherkollegen, während eine sich mit Angelegenheiten der Chemigraphen befaßte. Die Bildungsbestrebungen im besonderen fanden ihre Erledigung zunächst in 4 Vorträgen, die sich auf gewerkschaftlichem und kommunalpolitischem Gebiete bewegten. Gemeinschaftlich mit den Buchdruckerkollegen wurden weiter veranstaltet: eine Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Landsberg-Magdeburg einen Vorrag hielt über das Koalitionsrecht, sowie ein Kunst- und Unterhaltungsabend. Die betriebstechnischen und beruflichen Verbesserungen und Veränderungen, die im Laufe des Jahres im Parteiblatt vor sich gegangen waren, kennen zu lernen, war der Zweck einer Besichtigung der Parteidruckerei. Die Teilnahme der Mitgliedschaft an der Senefelderfeier der Leipziger Kollegenschaft galt der Pflege der Kollegialität und Solidarität im besonderen. Der Besuch der Veranstaltungen hätte oft besser sein können; das Pflichtgefühl und Klassenbewußtsein der Kollegen muß in Zukunft noch mehr zum Ausdruck kommen als bisher. Der Bericht der Lehrlingskommission zeugte wieder wie alljährlich von den Schwierigkeiten, mit denen diese Abteilung unserer Organisation in den kleineren und kleinen Mitgliedschaften zu rechnen hat. Die Kommission hat sich trotz alledem mit Fleiß und Ausdauer ihrer schwierigen Aufgabe entledigt. Die Funktionärwahl ergaben die Wiederwahl der Gesamtverwaltung. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, jederzeit eingedenk zu sein der Pflichten als Arbeiter und als Verbandsmitglieder, wurde die gut und anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Karlruhe i. B. Unsere letzte Mitgliederversammlung hatte sich u. a. mit den Verhältnissen in der Firma A. Braun & Co zu befassen, die überhaupt in letzter Zeit viel von sich reden gemacht hat. Die Kollegen dieser Firma wurden vor kurzem mit einer nicht gerade fortschrittlichen Fabrikordnung bedacht, die sich würdig der früheren Arbeitsordnung des Schutzverbandes anschließen kann. Sie enthält Paragraphen, die dem Arbeiter bei eventuellen Vorkommnissen erhebliche Geldstrafen auferlegen und die nach der Gewerbeordnung nicht zulässig sind. Die Verwaltung ist an die Firma auch herangetreten, um die Änderung der anstößigen Paragraphen herbeizuführen, was jedoch von der Firma abgelehnt wurde mit dem Bemerkung, man solle keine Unzuträglichkeiten unter die Arbeiter der Firma bringen. Ein einziges Exemplar dieser Fabrikordnung hängt schon eine geraume Zeit in einem der Arbeitsräume aus, ohne daß man weiß, ob sie überhaupt Gültigkeit hat. Vor kurzem hatten wir uns auch damit zu beschäftigen, daß die Lithographenlehrlinge dieser Firma ca. 8 Wochen lang gedruckte Falzschachteln reuschieren mußten; als sich ein Lehrling weigerte, diese Ausbesserungen, die öfters vorkommen, zu machen, erhielt er die Antwort: wenn es ihm nicht passe, könne er gehen. Es kam noch soweit, daß einem Druckerlehrling wegen Verwahrung des Papiers 2 Mk. abgezogen wurden, die jedoch durch

Eintreten der Kollegen zurückerstattet werden mußten. Derselbe Lehrling wurde ein Vierteljahr vor Beendigung seiner Lehrzeit entlassen, weil ihm einige Unachtsamkeiten nachgewiesen wurden, die bei einigermaßen guter Beaufsichtigung der Lehrlinge durch die Geschäftsleitung nicht vorgekommen wären. Nach den angeführten Fällen haben also die Kollegen der Firma Braun & Co. sowie die Zahlstelle Karlsruhe auf der Hut zu sein.

 **Der Lithograph.**  
Teil für die Interessen der Lithographen,  
Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler.  
Redigiert von Fr. Schaeffer, Hannover.

**Die Berliner Lithographenfiliäle im Jahre 1912.**

Am 22. Januar fand die Jahresversammlung der Berliner Lithographenfiliäle statt, die sehr gut besucht war. Bevor Kollege Czede den Jahresbericht der Verwaltung erstattete, gedachte er in kurzen Worten des verstorbenen Kollegen Aloys Reimer. Aus dem Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben: Der Verwaltung war es im vergangenen Jahre nicht möglich, alle Wünsche der Kollegen zu erfüllen. Es waren uns durch die Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 gewisse Grenzen gezogen; auch war die schlechte Konjunktur ein Hindernis. Durch den flauen Geschäftsgang war es auch nicht möglich, die Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 bei allen Nichtschutzverbandsfirmen schriftlich zur Anerkennung zu bringen. Allerdings ist festzustellen, daß bei diesen Firmen die Vereinbarungen im allgemeinen eingehalten werden, nur in der Frage des Mindestlohnes für Ausgelernte machen einige Seitensprünge; sie erkennen den mindesten Satz von 24 Mk. nicht voll an, so daß Löhne von 22 und 23 Mk. noch zu verzeichnen sind. Wir alle haben die Verpflichtung, nach Kräften zur Beseitigung dieses Uebelstandes zu streben.

Die schlechte Lage des Gewerbes, verbunden mit großer Arbeitslosigkeit der Kollegen, hat die Unternehmer veranlaßt, die Arbeitsleistung jedes einzelnen auf das höchste Maß zu steigern und die Lithographiepreise auf das niedrigste Maß zu senken. Die Klagen sind darüber allgemein; es werden Lohn- und Akkordarbeiter gleichmäßig davon betroffen.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Herren Arbeitswilligen zum Dank für ihre treuen Dienste in der gleichen Weise zu leiden haben; sie empfinden nunmehr selbst die Folgen ihrer unkollegialen Handlungsweise. Einige von ihnen sind schon zur Einsicht gekommen, ob den andern auch die Augen aufgehen und sie sich durch Unternehmerversprechungen von wegen Lebensstellungen usw. bei gegebener Zeit nicht wieder einseifen lassen werden, das wird die Zukunft zeigen. Es gibt ja Leute, die nie klug werden!

Im Lager des Schutzverbandes scheint sich nach und nach die Auffassung durchzuringen, daß der letzte Kampf hätte vermieden werden müssen. Bei einem Gerichtstermin ergab sich die Gelegenheit, mit einem der Herren Verantwortlichen von der Schutzverbandszentrale über die Lage des Gewerbes nach dem Kampfe zu sprechen. Natürlich waren wir Gehilfen die Sündenböcke! Als von uns — von der Frage, ob das Vorgehen der Leipziger Kollegen berechtigt war oder nicht, wurde abgesehen — durch Anführung von Tatsachen nachgewiesen wurde, daß die Unternehmervertreter durch ihr Verhalten am 15. September 1911 die Schuld auf sich nehmen müssen, wußte betreffender Herr weiter nichts zu entgegnen als: »Das war eben Taktik!« Nachdem die Unternehmer durch ihre Taktik dem Gewerbe schweren Schaden zugefügt haben, möchten sie die Schuld gern auf andere abwälzen.

Im Verlauf seiner Ausführungen behandelte Kollege Czede kurz die Schutzverbandsverhandlungen vom 10. Dezember 1912, worüber bereits in den letzten Nummern der Graphischen Presse ausführliche Berichte enthalten waren. Es braucht an dieser Stelle nicht nochmals darauf eingegangen zu werden. Bemerkenswert ist, daß den Unternehmern die Schilderungen unsrer wirtschaftlichen Lage in den Tageszeitungen usw. schwer im Magen liegen, denn sie fürchten, daß dadurch der Zustrom von Lehrlingen gehindert werde. Wir haben keine Ursache, diesen Wünschen nachzukommen, sondern die Pflicht, der breitesten Öffentlichkeit unser elende Lage bekannt zu geben. Wenn dadurch Väter veranlaßt werden, ihre Söhne nicht der Lithographie zuzuführen, so ist das begreiflich. Auch die Unternehmer führen ihre Söhne nur einer solchen Karriere zu, die ihnen eine gewisse Aussicht bietet.

Ferner ist erwähnenswert, daß es viele Väter von Lithographenlehrlingen vorgezogen haben, ihre Söhne aus dem Berufe zu nehmen und sie einem andern zuzuführen. Von den Berliner organisierten Lithographen sind 1912 113 Kollegen vom Berufe abgegangen; das ist eine Zahl, die erschreckend ist!

Arbeitslosenfälle waren im vergangenen Jahre 542 zu verzeichnen. Es wurden aus der Verbandskasse 15741,35 Mk. und aus der lokalen Zuschußkasse 3761 Mk., insgesamt also 19502,35 Mk. Arbeitslosenunterstützung an die Filialmitglieder gezahlt. Kollege Czede streifte noch kurz die Verschmelzung der Berliner Filialzweigsassen, die in der Februar-Versammlung näher besprochen werden soll.

Vom Filial-Arbeitsnachweis wurde berichtet, daß 1912 360 freie Stellen gemeldet wurden, wovon 268 besetzt werden konnten. Über die Mitgliederbewegung konnte nichts erfreuliches berichtet werden. Am Beginn des Jahres waren 938 Mitglieder (einschließlich 30 Halomitglieder) vorhanden; am Schluß des Jahres aber nur noch 733 (einschl. 24 Halomitglieder). Der Zugang betrug 146 Mitglieder, darunter 78 Eintritte; der Abgang aber 301 Mitglieder, darunter 179 Streichungen wegen Resten, wovon 82 auf den Abgang vom Berufe kommen.

Die Sammlung zur Unterstützung der Arbeitslosen zu Weihnachten 1912 hat das erfreuliche Resultat von 906 Mk. ergeben. Die Verwaltung war in der Lage, 87 Kollegen mit 21 Kindern eine Unterstützung zu gewähren; außerdem wurde an 12 verheiratete Kollegen zum 1. Januar 1913 eine Mieteunterstützung gezahlt. Der Überschuß von 95 Mk. soll in außerordentlichen Notfällen verwendet werden. Bewegungen fanden in fünf Firmen statt; vier sind zu gunsten der Kollegen erledigt worden, wegen eine noch unerledigt ist.

Der Besuch der Mitgliederversammlungen war besser als im Jahre zuvor. Dagegen war der Besuch der 32 Bezirksversammlungen unbefriedigend. Es wurde deshalb in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten beschlossen, die Bezirksversammlung wegzufallen zu lassen.

Zum Schluß berührte Kollege Czede noch eine Aussprache mit der Verwaltung der Chemigraphen in der Überläuferfrage. Da in der Debatte, die sich an diesen Bericht anschloß, diese Frage erneut aufgerollt wurde, wird sich die nächste Mitgliederversammlung weiter damit beschäftigen.

In seinen Schlußausführungen wies Kollege Czede auf die Bedrängung der Chromolithographie durch die neueren photochemischen Verfahren hin und ermahnte die Anwesenden, fest zusammenzuhalten und einig in dem Bestreben zu sein, Verschlechterungen abzuwehren. Wenn es uns gelingt, die Fernstehenden dem Verbandszugehörigen, dann werden wir auch in der Lage sein, unsern wirtschaftlichen Gegnern ein Paroli zu bieten. Die Deutsche Arbeiter-Zeitung vom 29. Dezember 1912 schreibt: »Wer heute die Notwendigkeit des Zusammenschlusses nicht erkennt, der ist nicht reif für eine Zeit, in der eine kraftvolle Organisation alles und kleinliche Sonderbrödel nichts bedeutet.« Wir haben alle Ursache, diese Ermahnung zu beherzigen! Tun wir das, so können wir der Zukunft getrost entgegengehen!

Nachdem die Vertreter der Zeichner-, der Matinee- und Vergnügungskommissionen, des Vorstandes der Lehrlingsabteilung und des Bildungsausschusses kurze Berichte erstattet hatten, wurde der gesamte Verwaltungsbericht kurz debattiert.

Die Wahl der Verwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen mit Ausnahme eines Kollegen, der zu anderer Betätigung mehr freie Zeit braucht und deshalb auf eine Wiederwahl verzichtete. — h.

**Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.**

Abrechnung vom 1. Oktober 1912 bis 1. Januar 1913.

Einnahmen:		M.	pf.
Kassenbestand am 1. Oktober 1912		3135	34
Bankzins			31 40
Summa:		3166	74
Ausgaben:		M.	pf.
Krankengeldzuschuß 54 Tage à 1,00 Mk.		54	—
28 „ à 0,66 „		18	48
Revision II. Quartal 1912—13			2
Porto und Honorar des Geschäftsführers		10	20
Summa		84	68
Kassenbestand am 1. Januar 1913.		3082	06
Summa		3166	74

Nürnberg, den 9. Januar 1913  
Für die Richtigkeit:  
Die Revisoren  
Fr. Löblein, Geschäftsführer,  
Nürnberg, Ludwig-Feuerbach-Straße 38 II.  
Beisitzer: Tob. Ott. A. Schulz.

 **Die photomech. Fächer.**

Teil für die Interessen der Chemigraphen,  
Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker,  
Kupferstecher und -Drucker.

**Überläufer bei den Retuscheuren.**

In dem Artikel »Neue Überläufer« wurde leider eine Frage ad huc beseite geschoben, deren Wichtigkeit durch diesen Artikel aufs Neue bewiesen wurde. Richtig ist schon, daß die Frage: warum wehren sich die Chemigraphen so lebhaft gegen Überläufer? schon oft erörtert worden ist. Ebenso richtig ist aber, daß heute noch viele, selbst in den Reihen der eigenen Kollegen, dieser Sache verständnislos gegenüberstehen. Auch darin kann man dem Artikelschreiber recht geben: sofern es sich um Xylographen, Lithographen, Graveure usw. handelt, kann man die Gegnerschaft gegen die

Beschränkung des Überläuferwesens menschlich begreifen. Solche rein menschliche Anteilnahme darf uns doch aber nicht dazu führen, stillschweigend zuzusehen, wie unserm Beruf langsam das sichere Fundament entzogen wird, auf dem er ruht.

Wie kommt es, daß dieselben Leute, die noch eben in ihrem alten Beruf das Wort Überläufer kaum gekannt haben oder, wenn sie es gekannt haben, nur darüber lachten, nach wenigen Monaten genau so reden? Und mancher gewerkschaftlich gut geschulte und disziplinierte Kollege hat bald nach seinem Übertritt zum Chemigraphenberufe seine Ansicht geändert. Ist das Zufall?

Geben wir einmal zu, daß diese Umwandlung der Gesinnung eine fast ständig wiederkehrende Erscheinung ist, so müssen wir auch zugeben, daß hier eine bestimmte Ursache vorliegen muß. Die Eigenart des Chemigraphenberufes ist unseres Erachtens nach diese Ursache!

Warum gibt es bei den Xylographen und Lithographen gar keine, bei den Steindruckern nur äußerst selten Überläufer? Weil diese Berufe unter allen Umständen eine langjährige Lehre erfordern. Trotzdem weisen sie noch leider viele schwache Kräfte auf. Wo aber bei den Steindruckern, Kupferdruckern usw. Überläufer auftauchen, wird man bei diesen immer eine langjährige Tätigkeit als Hilfsarbeiter an der Seite eines tüchtigen Fachmannes feststellen können. Doch das nicht allein. Lithographie, Steindruck usw. sind Berufe, die in ihrem Entstehen die Arbeitsteilung kaum kannten. Wenigstens die älteren Kollegen sind noch heute fähig, den ganzen Beruf auszuüben. Mindestens haben sie Gelegenheit gehabt, ihn ganz kennen zu lernen. Das legt dem Unternehmer den Zwang auf, auch seinen Lehrlingen möglichst umfassende Brandkenntnisse beizubringen. Die zunehmende Arbeitsteilung hat diesen Zustand verschlechtert, aber ganz auszurotteten hat sie ihn doch nicht vermocht.

Gänzlich anders liegt die Sache in der Chemigraphie. Dieser Beruf hat nicht einmal eine einheitliche Entstehung. Etappenweise erfolgte seine Vervollkommnung. Anfangs reine Strichätzung, später die durch Georg Meisenbach erfindene Rasterätzung, die erst die Farbenätzung ermöglichte, und dann, bedeutend später, die sogenannte amerikanische Maschinensetische. Zu dieser aus der Entstehung gegebenen Arbeitsteilung kam die rein naturgemäße Heranziehung von Reproduktionsphotographen, kamen die Kopierer, die Strich- oder Zinkretuscheure, Fräser und Monteure. Fürwahr ein bunte Gesellschaft, die sich da zusammengefunden hat. Nur wenige gibt es, die die Arbeit der anderen Sparte mit verrichten können. Die große Mehrzahl sind Überläufer. Ein Teil nur hat den Beruf gelernt.

Den Beruf? Bewahre, einen Teil des Berufes haben sie erlernt! Akzeptieren wir einmal den unglücklichen Namen Chemigraphie. Gibt es denn nun einen Chemigraphen? Nicht einer ist im Beruf vorhanden, der den ganzen Beruf beherrscht. Diese Eigenheit führte anfangs zur wahllosen Einstellung von Arbeitskräften aus allen möglichen Berufen, von Gelehrten und Ungelernten, vor allem aber zur Einstellung von billigen Kräften. Billige Arbeitskräfte ermöglichten die Schmutzkonkurrenz, was endlich die Unternehmer zu der Erkenntnis zwang, daß auch sie von einer tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse nur Vorteil haben können. Nun kam der Tarif und mit ihm leidlich geregelte Arbeitsverhältnisse, aber — er verweigerte und vermehrte die Arbeitsteilung und ließ damit die leidige Überläuferfrage unregelt.

Dem Aufstehenden muß das immer erneute Auftauchen der Überläuferfrage als Züftlerie erscheinen. Diese Sorge, möglichst keinen aus andern Berufen herüber zu lassen, erscheint zweifellos im hohen Grade egoistisch. Es erscheint so! Wohin es mit dem Beruf ginge ohne strenge Sichtung, das hat die Zeit vor dem Inkrafttreten des Tarifs bewiesen. Niemand möchte sie wohl wieder erleben. Versuchen wir aber noch einmal einen Vergleich mit unsern verwandten älteren Berufen. Sie alle vermehren sich durch Ausbildung von Lehrlingen. Von dort nur haben sie ein Überhandnehmen der Berufsangehörigen zu befürchten. Da darf man wohl die Frage stellen: Würden sie ruhig zusehen, wenn aus allen möglichen Berufen neue Berufskollegen herüber kommen? Ganz gewiß nicht!

Ist denn die Beschränkung der Lehrlingszahl etwas anderes? Wenn wir aus einer bestimmten Richtung eine Verschlechterung der Berufsverhältnisse zu erwarten haben, so schützen wir uns nach dieser Seite hin. Droht uns diese Verschlechterung von zwei Seiten, so suchen wir uns so gut es geht nach beiden Seiten zu schützen.

Noch niemals haben Chemigraphen den Zulauf aus anderen Berufen gänzlich verhindert. Noch heute ist die große Mehrzahl der Kollegen Überläufer. Wollten wir aber allen Arbeitslosen Unterkunft gewähren, so müßten sehr bald die Löhne sinken, die Arbeitsverhältnisse trotz Tarif sich bedeutend verschlechtern. Nicht die außenstehenden Kollegen, nein, allein die Unternehmer hätten davon den Vorteil. Diese hätten billige Arbeitskräfte gefunden. Nach Meinung solcher »sozial einsichtiger Unternehmer« müßte für jede Sparte und an jedem

Orte ein bestimmter Prozentsatz arbeitsloser Gehilfen vorhanden sein. Wie oft ist die Klage laut geworden, daß arbeitslose Gehilfen zurückgewiesen und dafür billige Überläufer eingestellt wurden?

In der Positivretusche ist bisher nur selten über Arbeitslosigkeit zu klagen gewesen. Mit Recht ist schon darauf hingewiesen worden, daß auch hier über Nacht eine Änderung eintreten kann. Täuschen wir uns nicht. Eine Reihe Faktoren arbeiten daran, schlechtere Zustände für uns herbeizuführen. Die Berufe, die durch die Autotypie bedrängt werden, suchen nach neuen Erwerbszweigen. Alle anderen Sparten haben nicht nur genügend Arbeitslose, häufig viel zu viel, sondern vor allem auch genügend gewerkschaftlich tüchtige Kollegen, daß sie solchen Gefahren ruhiger in's Auge sehen können.

Nun haben wir schon an verschiedenen Orten Privatretuscheure. Es scheint, als wenn ihre Zahl mehr zu- als abnimmt. Sie stehen außerhalb des Tarifs, der Arbeitsnachweis existiert für sie nicht; auf die dort gezahlten Löhne, auf die Arbeitsverhältnisse haben wir keinen Einfluß. Was ist bisher getan worden, um gegen dieses Zwischenmeister-system anzukämpfen? So gut wie nichts! Arbeitskräfte sind ihnen überwiesen worden, mehr als wir verantworten können. In einem anderen früheren Artikel ist auch ganz richtig darauf verwiesen worden, daß nicht wenige Kollegen in großen Maschinenfabriken sitzen und retuschieren. Räumlich von ihren Kollegen getrennt, haben sie auch sonst mit ihnen keinerlei Verbindung. Da sie in nichttarif-treuen Firmen arbeiten, haben wir nicht einmal ein Recht, sie in unsere Organisation aufzunehmen. Was wissen wir über ihre Arbeitszeit, über ihre Löhne? Rechnen wir zu alledem noch die in gesperrten Firmen arbeitenden Retuscheure. Mit alledem haben unsere A'tzer- und anderen Kollegen nicht zu rechnen.

Beachten wir aber auch das Eine recht genau! Wir sind in wenigen Jahren aus einem verschwindend kleinen Häuflein zu einer der stärksten Spartengruppen angewachsen. Wo ehemals ein Kollege notdürftig Photographien ausfleckte, da sitzen heute 6 bis 10, in manchen Anstalten bis 20 Retuscheure. Hat dieses numerische Wachstum auch Ausdruck gefunden in der Beteiligung der Retuscheure an der gewerkschaftlichen Arbeit?

Damit sieht es wohl trübe aus! Wohl ist hier und da einmal gemurrt worden, wenn man glaubte, daß unsere speziellen Verhältnisse nicht genügend vertreten werden. Im allgemeinen hat man die gewerkschaftliche Arbeit gern den A'tzern, Druckern etc. überlassen! Statt dessen sind Überstunden und Hausarbeit gemacht worden, unmäßig viel, hat man aus lächerlichem Ehrgeiz und Berufsdünkel das Arbeitstempo fieberhaft erhöht, ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit, rücksichtslos gegen die schwächeren Kräfte. Mit dem Titel »Ja, und erstklassige Retuscheure« haben pfiffige Unternehmer und ihre Helfer die Dummen eingefangen. Locken und Samtjackett, Smoking, weiße Weste, Zylinder und Lakshuh, so stiehlten diese armseligen Gecken umher, deren blutleere Wangen und roteränderte Augen im grellen Gegensatz zum äußeren Ausputz standen. Solche komischen Figuren sind allerdings nicht in der Lage, uns Achtung bei den Arbeitgebern, noch weniger bei unsern andern Kollegen zu verschaffen. Achtung will erworben werden! Dazu gehört aber Fleiß und Aufopferung im Interesse der Klassengenossen, mindestens im Interesse der Kollegen.

Nicht ohne Ursache hat sich bei den Retuscheuren die Meinung herausgebildet, daß manche gewerkschaftlich und tariflich tüchtigen Kollegen aus andern Sparten der Chemigrafie nur ungern für die Retuscheure etwas tun. Man glaubt hier und da Beweise dafür zu haben, wie Retuscheure als lästige Eindringlinge angesehen werden. Wenn wirklich von diesem oder jenem Kollegen solche Äußerungen getan worden sind, so können sie nur auf größlicher Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse beruhen. Es ist nur dadurch zu erklären, daß bei solchen Kollegen der gewerkschaftliche Geist durch den Tarifgedanken totgeschlagen wurde.

Wir wollen uns nicht unnützlich mit vermeintlichen oder wirklichen Sünden anderer abquälen. Fassen wir uns lieber an die eigene Nase. Suchen wir so bald als möglich zu retten, was zu retten ist. Sorgen wir dafür, daß gemäß unserer Berufsstärke auch unsere Kollegen in den Vorständen, in den gewerkschaftlichen und tariflichen Vertrauensämtern sitzen. Beteiligen wir uns mehr als bisher am gewerkschaftlichen Leben, dann werden solche Klagen von selbst fort fallen.

Gefahren, die unserm engeren Beruf drohen, zwingen uns, wachsam zu sein. Wir dürfen nicht untätig zuschauen, wenn versucht wird, weit über den Bedarf hinaus unserm Beruf neue Arbeitskräfte zuzuführen. Ein zu Grunde gerichteter Beruf kann niemandem eine Zufluchtsstätte bieten. Wir wollen uns aber auch zur Wehr setzen, wenn tariffreie Unternehmer heimlich und unheimlich Privatretuscheure in Arbeit setzen. Denken wir schon jetzt an die nächsten Tarifverhandlungen! Laßt uns vorbeugen, damit unsere Interessen nicht aus Versehen unter den Tisch geschlimmt werden. kf.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Lineoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

### „Daß Du die Nase in's Gesicht behältst!“

An diese Worte Onkel Bräsigs mußten wir denken, als wir das Eingesandt: »Belgische Formstecher-verhältnisse« in Nr. 3 der »Tapetenzeitung« vom 20. Januar lasen. Wenn schon in Belgien 11 jährige Kinder in den Formstechereien als Lehrlinge beschäftigt werden und mit 12-13 Jahren eine brauchbare Arbeit liefern können, so ist es geradezu skandalös, daß kultiviert sein wollende Menschen diese armen Kinder schon als Ausbeutungsbjekte betrachten und aus ihren Knochen Mehrwert schinden. Daß diese »Lehrlinge« von den belgischen Formstechern als ihresgleichen behandelt werden, ist nur zu begrüßen; sie betrachten eben mit Recht diese Kinder als Angehörige der Klasse der Enterbten. Dem Meister, der bei diesen Lehrlingen die »unangenehmste Stellung« hat, wie es im Eingesandt heißt, möchten wir doch raten, einem solchen Meisterposten als Lehrlingsausbilder »en gros« (30 Lehrlinge in den Filialen einer Firma!) lieber Valet zu sagen. Denn durch Ärger vergeht ja dem Meister die Schönheit. Der »arme Patron« ist auch wirklich zu bedauern, wenn er durch seine Gutmütigkeit bei seinen Leuten sich verkauft bis auf die letzte.

Es freut uns, daß der belgische Verband der Formstecher in den letzten Jahren an Mitgliedern sehr zugenommen hat und dadurch nun in die Lage kommt, nicht nur bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern auch dafür zu sorgen, daß diese Massen-Lehrlingsausbilderei aufhört. Wenn die größte Firma in Brüssel bis jetzt allen Maßregeln des Verbandes trotzig standgehalten hat, wie es so nett heißt, so soll diese Äußerung doch nur ein Kompliment an die Konkurrenzfirma sein. Wie es die Meister in belgischen Stedereien getrieben haben gegenüber den Arbeitern, hat ja mancher Stedecher auf das Unangenehmste erfahren.

Die jüngste Brüsseler Firma, die 1911 gegründet wurde (warum verschweigt man in der »Tapeten-Zeitung« den Namen? Uns ist sie nur zu gut bekannt!), soll jetzt schon 90 bis 100 Mann beschäftigen — natürlich die 30 Lehrlinge eingerechnet. Es wundert uns nur, daß diese Firma in Deutschland ihre Ausbeutungsgelüste aufgegeben und ihre Stedecher in den Nagel gehängt hat. Warum gibt man denn ins Ausland? Glaubte man dort billigere und willigere Proleten zu finden, oder schämte man sich, in Deutschland eine derartige Wirtschaft anzufangen? Ja, wir würden diesen Betrieb auch nur zu bald der Gewerbe-Inspektion empfohlen haben!

Wenn nun die Stedecher in dieser Firma bessere Einrichtungen schaffen, so ist es nur zu begrüßen; und wenn sie mit dem Meister nicht auskommen konnten, so lag das an dem Meister selbst. Wenn 30 bis 40 Arbeiter in wenigen Tagen 100 Stunden blau gemacht haben sollen, so entfallen auf jeden Arbeiter 3 Stunden, das ist doch alles andere als »blaumachen«. Wer will es übrigens einem Arbeiter verdenken, wenn er Prozenze für Überstunden verlangt; es verkauft eben jeder seine Ware Arbeitskraft so teuer als möglich! Außerdem tut ein gut organisierter Gewerkschafter von selbst seine Pflicht und Schuldigkeit, ohne die Anstreiber durch die Meister!

Wenn die größte Firma, die in Brüssel besteht, den Arbeitern keinerlei Entgegenkommen zeigt — wie es im Eingesandt heißt — in Bezug auf Forderungen des Syndikats, so möchten wir doch einmal wissen, wo diese Leute ihre sozialen Ansichten gelassen haben, von denen sie doch früher so viel Wesen zu machen wußten. Was nun weiter folgt, läßt sich von dieser Seite schlecht untersuchen. Der im Eingesandt der »Tapetenzeitung« geschilderte angebliche Terrorismusfall soll nur ein Schrei nach dem Tribunal und eine Reklame fürs eigene Geschäft sein!

Wenn die Firma, die 1911 gegründet wurde, dazu übergegangen ist, weibliches Personal im Filzen, Pikotieren und Aufzeichnen auszubilden, so müssen wir unwillkürlich an die frühere Tätigkeit des Meisters, der diese verwerfliche Art Ausbilderei besorgte, in Barmen denken. Ob er vielleicht wünscht, daß wir etwas deutlicher werden, warum diese Ausbildung weiblichen Personals geschieht? Wundern müssen wir uns auch, daß jemand zum Lehrlingsausbilder avanciert ist, der früher in Roermond als Anstreicher und in Köln als Filzertätig war; wir möchten gerne wissen, wo bei dieser Ausbildung die brauchbare Arbeit der Lehrlinge herkommen soll!

Verstehen können wir nicht, daß ein solch fades Eingesandt von der »Tapetenzeitung« aufgenommen und sogar noch zwischen den schönen Künstler-Mustern von Herta Kodi platziert wurde. Sie hat damit ihrer Jubiläumsnummer kein Ruhmesblatt angefügt.

Zum Schluß wollen wir noch der bestreikten Firma raten, mit ihren Leuten Frieden zu schließen und ihnen zu bewilligen, was ihnen gebührt. Die Massen-Lehrlingsausbilderei muß aufgegeben werden, denn dadurch hat noch jede Stedecherei sich ihr eigenes Grab gegraben. Ferner soll sie den Arbeiter nicht nur als Ausbeutungsbjekt betrachten, denn auch wir haben ein Recht zum Leben.

Sekurs.

### Aus den Sektionen.

**Crefeld.** Unsere Versammlung vom 18. Januar befaßte sich unter anderem auch mit der Erläuterung zu den Wiesbadener Beschlüssen. Die anwesenden Kollegen konnten nicht verstehen, über stürmische Zeit von der mit Prozenzen bezahlten Überstunde abgezogen werden soll. Hierdurch werden doch nur die Prozenze, die leider nur für die zweite Überstunde bezahlt werden, wieder teilweise illusorisch gemacht. Wir dürfen uns nicht so sehr dem Unternehmertum ausliefern. Haben doch Filialen, in denen früher 25 Prozent für jede Überstunde gezahlt wurden, gar keinen Vorteil von den Wiesbadener Beschlüssen. Wir bitten, daß sich die andern Zahlstellen über die neuesten Erläuterungen einmal äußern. Für eventuelle Sonntagsarbeit sollen hier 30 Prozent verlangt werden.

**Berlin.** In unserer am 11. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Am Ort sind zurzeit 85 Kollegen. Er führte unter anderem aus, daß die Berliner Formstecher auch in diesem Jahre ein gutes Stück vorwärts gekommen seien, was aus folgenden Ziffern hervorgehe: Am Anfang des Jahres betrug der Höchstlohn 37,22 Mark, der Mindestlohn 27,00 Mark und der Durchschnittslohn 33,50 Mark; am Schlusse des Jahres betrug der Höchstlohn 38,88 Mk., der Mindestlohn 30,00 Mk. und der Durchschnittslohn 35,50 Mk. Dieser Fortschritt sei erreicht worden kraft unserer guten Organisation. Es genüge jedoch nicht, daß wir uns gewerkschaftlich organisierten, sondern um zur endlichen Befreiung der Arbeiterklasse mit beizutragen, sei es notwendig, daß wir uns auch politisch betätigen. — Die Geschäftsführung der selbsterhaltenen Verwaltung wurde von der Versammlung gutgeheißen. Der Filialvorstand wurde mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt.

**Harburg.** Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Zunächst wurde bekanntgegeben, daß sich das hiesige Kartell demnächst mit der Gründung einer Baugenossenschaft befassen wird. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, nach dem 13 Versammlungen stattgefunden haben, die im Durchschnitt gut besucht waren. Das Ergebnis des abgeschlossenen Tarifes war einem Teil der Kollegen völlig ungenügend. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Ferner wurde ein Eingesandt im hiesigen bürgerlichen Blatt mit dem Titel »Was will ich werden?« diskutiert, durch das die Erlernung der Formstecherei in hochtönenden Worten empfohlen wurde. Es wird auf die 9stündige Arbeitszeit und darauf hingewiesen, daß ein tüchtiger Gehilfe ganze 6 Mark und darüber verdienen könne, wodurch es jedem ordentlichen Gehilfen möglich sei, einen eigenen Hausstand zu gründen. Dem Vorstand wurde es überlassen, in dieser Sache geeignete Schritte zu unternehmen. Endlich klagen die Kollegen bei Woelcke & Co. schon seit langer Zeit über ungenügende Wärme sowie das Rauchen des Ofens im Winter. Ein neuer Ofen ist ja endlich angeschafft worden, aber auch dieser qualmt lustig weiter. Wenn die Kollegen des Morgens zur Arbeit kommen, stehen manchmal die Fenster auf, aus welchen der Rauch abzieht. Man kann sich denken, daß dadurch die Arbeitslust der Kollegen nicht gerade gehoben wird.

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen. Goethe.

Im allgemeinen kann man alle alten Parteien auf zwei große Gruppen zurückführen: Die konservative und die liberale, von denen die erstere im wesentlichen bisher die Interessen des Großgrundbesitzes, die letztere die Interessen der Kapitalistenklasse zu wahren suchte. Der Proletariat steht im Gegensatz zu allen Ausbeutern, welchen Parteien sie immer angehören. Wird er von den einen ausgebeutet als Produzent, so von den anderen als Konsument. Eine jede der alten Parteien kann ihm daher gelegentlich als Frucht ihres Sieges über die gegnerische Ausbeuterpartei einen Vorteil in Aussicht stellen: billiges Brot wollen ihm z. B. die Kapitalisten in den Ländern verschaffen, wo sie den Freihandel brauchen; Verkürzung der Arbeitszeit (natürlich nur in den Fabriken) bieten ihm mitunter die Großgrundbesitzer. Aber weil der Proletariat im Gegensatz steht zu allen Ausbeutern, kann keine der alten Parteien dauernd seine Interessen vertreten. Jede derselben steht gerade in den für das Proletariat wichtigsten Fragen ihm feindlich gegenüber; jede derselben hat es gerade in den entscheidendsten Momenten stets verraten, so oft es sich ihnen anvertraute.

Erläuterungen zum Erfurter Programm.

